

Weltparlament und Freihandel

oder

warum Global Governance für die Ernährungssicherheit nicht ausreicht

(Referent: Fabian Elleder)

1. Handel und Weltgeschichte lassen sich schlecht trennen - Polanyi „The Great Transformation“

1944 veröffentlichte der 1886 in Wien geborene Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler Karl Polanyi das Werk the Great Transformation. In ihm erklärt er das Wechselspiel aus Märkten und Staatsbildung.

Kern seiner Betrachtungsweise ist die Dialektik zwischen Staatsdirigismus und freien Märkten. Die Märkte verselbständigen sich und müssen von der Politik wieder eingefangen werden.

Die Kunst sei, beide Pole zusammenzuführen, und das sei die Aufgabe der Politik.

Roosevelt machte dies etwa 1933 gut mit seinem New Deal, in welchem er Wirtschafts- und Sozialreformen mit Augenmerk für den Sozialstaat durchführte.

Er kritisierte den Industriekapitalismus Englands und pries andererseits den Freihandel als Befreiung von regionalen Zollstrukturen.

Der historische Faschismus aber wiederum sei das Scheitern des Versuches einen marktfundamentalistischen Kapitalismus umzusetzen.

Seine Theorie und Betrachtung der Staatsbildung, die innerhalb dieser Dialektik verbleibt, gilt als weitgehend wissenschaftlich anerkannt.

Doch jetzt, im 21.ten Jahrhundert kommt zur Great Transformation von Wirtschaft und Sozialstaat, eben noch die ökologische Transformation hinzu.

Die Herausforderung besteht nun darin, dass nicht genügend Ressourcen zur Verfügung stehen, um allen Menschen den Lebensstandard auf westlichem Niveau zu ermöglichen, während die Volkswirtschaften wachsen und viele Ökosysteme unter Leistungsdruck, Klimawandel oder Umweltverschmutzung leiden, oder bereits davon zerstört sind.

Ökologische Transformation würde eine Anpassung der Politik und letztlich der Nationalstaaten an diese Herausforderungen bedeuten.

Während sich die meisten Staaten aufgeschlossen gegenüber eine ökologischen Transformation zeigen, sind es vor Allem die Industriestaaten, allen voran die USA, welche sich, derzeit noch, weltweit verbindlichen ökologischen Gesetzen entziehen wollen.

Einer der wenigen bekannteren Vorschläge mit der Herausforderung umzugehen kommt von Franz Josef Rademacher.

Er setzt sich für ein ökosoziales Marktmodell ein. Hier werden ökologische und marktwirtschaftliche Ziele in gleichem Maß verfolgt und mittels Gesetzgebung aufeinander abgestimmt.

Doch der Anreiz, ein solches Modell auch umzusetzen, ist, gerade bezüglich des Klimawandels, ein Globaler. Es fehlt an Institutionen um ein solchen regulatorischen Prozess rechtssicher weltweit zu verankern. Es fehlt den führenden Nationen an Anreizen national gesinnte Politik zugunsten von Großkonzernen auch eben nur ökologisch einzuschränken. Der Dieselskandal und die Frage nach Fahrverboten ist hier ein aktuelles Beispiel für eine weltpolitische Lüge, welche dem Schutz von Konzernen dient und sowohl die eigene Bevölkerung betrügt, als auch die weniger profitierende Weltöffentlichkeit.

Ein Staatsbildungsprozess auf globaler Ebene ist aus der bisherigen politischen Erfahrung also ratsam.

2. 1995 WTO Gründung, 1999 Proteste „No Globalization without Representation“

Die 1995 gegründete WTO war ganz ausschließlich im Sinne der Märkte gezimmert worden.

Sie sieht keine internationalen Steuern vor, kein internationales Sozialwesen.

Und das obwohl von negativen Auswirkungen des freien Welthandels bereits Vieles bekannt war.

Der Weltverband der nationalen UN-Gesellschaften forderte 1996, durch den Vorsitzenden Erskine Barton Childers, eine koordinierte Kampagne für ein Parlament zu den Vereinten Nationen (UNPA, United Nations Parliamentary Assembly).

Zur dritten Ministerkonferenz der WTO 1998 in Seattle kam es zu großen Protesten, welche als Geburtsstunde der internationalen Globalisierungsbewegung gelten. Der wichtigste Slogans war: „No Globalization without Representation!“

Angeregt von Genrealdirektor der UNESCO Frederico Mayor hatte sich bereits im April 2001 ein Weltforum namens „Ubuntu“ formiert. Unter Beteiligung von Oxfam, WFM, Civicus (Weltallianz für Bürgerbeteiligung), IPPNW, Internationales Friedensbüro, Third World Network und Anderen kam es zu einer Kampagne und einer gemeinsamen Londoner Erklärung im April 2004. Darin heißt es: „Es ist notwendig, dass die Bürger der in internationalen Institutionen direkt vertreten sind.“

Die Erklärung wurde von François Mitterand und vielen bedeutenden Persönlichkeiten unterzeichnet.

Die Europäische Union unterstützte ein WTO Parlament, ein demokratisches Gremium zur Kontrolle der WTO. Doch da bei der WTO Gründung das Einstimmigkeitsprinzip verankert wurde, scheiterte der Ansatz.

Das Konzept der europäischen Union fördert die Idee parlamentarischer Gremien, oder eines Parlaments zu den Vereinten Nationen zur „parlamentarischen Überwachung des multilateralen Systems auf globaler Ebene“, so in einer Resolution über die EU-UNO Beziehungen 2004.

Die ILO unterstützte die Idee zwei Jahre später. „Wir schlagen die Einsetzung einer Parlamentarischen Gruppe vor, die sich mit dem Zusammenhang und der Stringenz globaler Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitiken befassen und einen integrierten Mechanismus zur Aufsicht über die wichtigsten internationalen Organisationen entwickeln soll.“

Im Rahmen einer Weltkommission zur sozialen Dimension der Globalisierung bei der UN unter Führung von Finnland und Tansania wurde nun der sogenannten „Helsinki-Prozess zu Globalisierung und Demokratie“ eingeleitet, der Regierungen und Zivilgesellschaften beteiligte. Auch er empfahl die

Bildung einer konsultativen parlamentarischen Versammlung bei der UNO.

3. 2009 Tragödie der Gemeingüter Nobelpreis – Atmosphärenschutz

Dass Atmosphärenschutz ein gemeinsames Anliegen sein sollte, beschrieb 1968 der Biologe Garret Hardin in einem viel beachteten Artikel namens „Tragik der Allmende“.

Allmende bedeutet Kollektiveigentum oder Gemeingüter. Gemeint sind Güter wie Wasser oder Luft, die allen Menschen auf dem Planeten gemeinsam gehören. Es werden aber auch Rohstoffe und teilweise Land darunter verstanden, wenn es um die schützenswerten Gemeingüter der Menschheit geht, welche zur Neige gehen.

Wenn man auf eine technische Lösung alleine setzt, für sich erschöpfende Ressourcen, sei eine Tragödie der Gemeingüter unausweichlich, so Hardin. Die Tragik ist: Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Entweder die gemeinsame Nutzung beschränken, oder im schlechten Fall Privatisieren.

Das die Tragödie nicht unausweichlich sei versucht die US-Politikwissenschaftlerin Elinor Ostrom zu belegen.

Zwar sei der Rahmen erstens komplexer, die Größenordnungen, die Zahl der Kulturen und Unterschiede in der Wirtschaftsleistung vielfältiger.

Zum Zweiten aber auch riskanter, da ökologische Schwellen leicht überschritten würden.

Zum Dritten gebe es keinen Spielraum für Experimente. 2009 erhielt sie dafür den Wirtschaftsnobelpreis.

4. „Globale öffentliche Güter“ im Gegensatz zu „Gemeingütern“ = stabiles Finanzsystem

Die politische Bekämpfung des Klimawandels wird, wie auch die Stärkung des Welthandels, des Friedens, der Sicherheit, sowie der Bekämpfung von Krankheiten, als „Globales öffentliches Gut“ bezeichnet.

Anfang der 2000er Jahre rechnete eine von Frankreich und Schweden initiierte „Arbeitsgruppe zu globalen öffentlichen Gütern“ auch ein stabiles Finanzsystem dazu.

Die Arbeitsgruppe zeigte: Bei der Verwaltung der globalen öffentlichen Güter kommt es zu den gleichen Problemen, wie bei der Verwaltung der globalen Gemeingüter.

Das Haupthindernis sei, „dass der internationale Bereich grundsätzlich durch freiwillige Interaktion zwischen souveränen Staaten charakterisiert ist.“

In anderen Worten: Weil es kein gemeinsames Parlament mit den passenden Kompetenzen gibt, steckt die Menschheit in einem Knäuel von Einzelinteressen fest.

5. Steueroasen: 60 Schattenfinanzzentren im Dunstfeld von UK und USA (bis zu 32 Bio \$)

Die wirtschaftliche Verfassung des Nordens ist ein wichtiger Grund für die mangelnde Unterstützung zur Gründung des Parlamentes. Denn ein großer Teil des weltweiten Kapitals liegt jetzt bereits aus steuerlichen Gründen in Finanzoasen.

Was würde passieren, wenn alle großen Staaten sich am Parlament der Menschheit beteiligten, die kleinen Finanzoasen, wozu die USA England zählen und umgekehrt, aber nicht mitmachen würden?

In den USA und dem Vereinigten Königreich sind die Regierung sicher: Immer mehr Geld würde in Länder übertragen, in welchem geringe Steuersätze gelten und wo man internationale Steuern nicht fürchten muss.

Andererseits ist die Vernetzung der USA und dem Vereinigten Königreich mit Finanzoasen erheblich größer, als die anderer Nationen.

Aleine Privatpersonen sollen konservativen Schätzungen nach weltweit bis zu 32 Billionen US-Dollar in Steueroasen bunkern, so eine Studie von McKinsey's ehemaligem Chefvolkswirt James Henry. Das sei das „schwarze Loch der Weltwirtschaft“.

Sie nutzen vor allem die mit Großbritannien oder den USA vernetzten 60 Schattenfinanzzentren, etwa einschlägige karibischen Inseln.

Laut James Henry müssen zwei Probleme vorrangig bezeichnet werden:

1. Da das Geld nicht statistisch korrekt erfasst wird, sind die Statistiken zu weltweiter Ungleichheit möglicherweise wesentlich krasser als bisher angenommen.
2. Bei den rund 100.000 Superreichen, die für den Effekt des „Schwarzen Lochs“ hauptverantwortlich sind (50% des Offshore gelagerten Geldes gehöre ihnen), handele es sich um die „am besten verschanzte Interessengruppe der Gesellschaft“ überhaupt.

Die Märkte werden diese Probleme nicht lösen. Darüber herrscht Einigkeit.

Das Problem sei insofern sogar immer schlimmer, so Colin Crouch, britischer Politikwissenschaftler, als der Neoliberalismus nach jeder globalen Krise „politisch einflussreicher dasteht, denn je.“ Parteien und Regierungen weltweit, blieben derweil zu sehr an nationalen Sichtweisen haften.

6. Gemeinsame Steuern für Souveränität im Steuersystem - Tobinsteuer

Für einen Ausgleich globaler Probleme ist viel Geld notwendig. Finance of Development, FOD, ist der Ausdruck der Vereinten Nationen dafür.

Der Philosoph Thomas Pogge forderte 1994 eine „Rohstoffdividende“. Piketty 2014 eine „progressive globale Vermögenssteuer“.

Der Verein Attac gründete sich um die Jahrtausendwende mit dem alleinigen Ziel eine Finanztransaktionssteuer umzusetzen.

Da Steuern den Nationen als Mittel immer mehr entgleiten, sieht man internationale Steuern zudem als Gegenmittel für den Souveränitätsverlust im Inland.

Im Dezember 2009 sprach sich der Europäische Rat dafür aus eine, nicht nur auf Devisen beschränkte, Form der internationalen Transaktionssteuer, (Tobinsteuer, veröffentlicht 1972), zu fordern. Die bisherigen europäischen Initiativen scheiterten aber am Widerstand der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreiches. Selbst eine minimale Transaktionssteuer wurde, aus Angst um die nationale Konjunktur, verworfen.

Die Vereinten Nationen hätten damit Entwicklungszusammenarbeit leisten sollen.

7. Vorschläge der Nord-Südkommission von 1980 (Steuern auf Gemeingütererschließung etc.)

Bereits 1980 äußerte die von Willy Brandt mitgegründete Nord-Südkommission, welche auf Anregung des damaligen Weltbankchefs Robert McNamara ins Leben gerufen wurde folgende Wünsche:

Internationale Steuern auf Handel, Waffenhandel, Kohlenwasserstoffe, Investitionen, Verteidigungsausgaben, erschöpfbare Bodenschätze, dauerhafte

Luxusgüter, Energieverbrauch, internationales Rohöl, die internationale Luftfahrt und den Frachtverkehr, und bei den Gemeingütern auf die Hochseefischerei, Öl und Gasförderung aus dem Meer, sowie die Nutzung der Erdumlaufbahn und der Radiofrequenzen.

Mit den Einnahmen sollte sicher gestellt werden, dass alle Menschen ihre Grundbedürfnisse „auf würdevolle Weise“ sicherstellen können. Da es sich nur um Wünsche handelte, und der Handlungsdruck noch nicht so hoch wie heute, entwickelte sich keine ausreichend große Diskussion in den Regierungen und weltweit um die Vorschläge.

8. Vorstellungen des UN-Sekretariats derzeit

Die Vereinten Nationen verfolgen die Ansätze der 80iger Jahre nicht mehr. Derzeit werden in einer Untersuchung der Wirtschaftsabteilung des UN-Sekretariats vier Ansätze genannt, die gemeinsam und getrennt verfolgt werden.

1. Eine internationale Finanz- und Devisentransaktionssteuer
2. Eine Steuer auf Kohlenstoffemissionen
3. Eine Steuer auf Privatvermögen über 1 Milliarde US-\$
4. Eine Luftverkehrsabgabe

Sie sollen, mit anderen „innovativen Finanzierungsinstrumenten“ rund 400 Mrd. US \$ einbringen, die den Kernaufgaben der Vereinten Nationen dienen sollen, also Entwicklungshilfe, Bekämpfung des Klimawandels und die Unterstützung internationaler Organisationen.

Die Durchsetzung internationaler Steuern ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg der internationalen politischen Konsolidierung, davon gehen die Vereinten Nationen aus.

Diese Aufgaben gleich einem internationalen Parlament zu überlassen würde die Arbeit wesentlich einfacher machen.

In den Veröffentlichungen des Weltföderalismus gehen die Autoren meist von einer gegenseitigen Bedingtheit aus Weltsteuern – Weltparlament aus. Dieser Zusammenhang hat aber für die Vereinten Nationen keine Bedeutung.

Bei einem derzeitigen Budget von 2,7 Mrd US \$ (stark schwankend) brauchen sie vor Allem Geld.

9. Ernährungssicherheit und Spekulation – Der Vorschlag der World Food Boards 1946

Für die Stabilisierung der Nahrungsmittelpreise wünschte sich die UN seit 1946 ein World Food Board, welches die Preise, durch gezielte Käufe, gegen Spekulationen absichern sollte. Dieses Mittel wurde aber nie etabliert.

Stattdessen zeigen Untersuchungen, die Hauptverantwortung für die mangelnde Ernährungssicherheit sind Subventionen der Landwirtschaft in den USA, der EU und Japan, obwohl Afrika und Zentralasien für Landwirtschaft besser geeignet und damit eigentlich wettbewerbsfähiger wären.

Die Ernährungssicherheit der eigenen Bevölkerung wird im Gegenzug nur wegen der unklaren Weltkonjunktur aufrechterhalten. Ein globales System und globales Umfeld, in dem alle Nationen universellen Frieden und globale Sicherheit genießen, ist notwendig, so Fariborz Moshirian, der australischen Universität New South Wales.

10. Sicherheit und Ernährung neuste Studien zur Ursache von Landgrabbing

Lester Brown diagnostizierte eine „Geopolitik der Nahrungsmittelknappheit“. Im Zuge der Preiskrisen bei Nahrungsmitteln seien die Preise für Ackerland stark gestiegen. Dies führt nun zu „Landgrabbing“. Sowohl die USA, als auch andere Länder kaufen Land in der Absicht dort für den heimischen Markt Produkte anzubauen, nicht für den Markt vor Ort. Dies wird von den Landwirtschaftsbehörden unterstützt.

Im Fall von internationalen Lieferengpässen und Wirtschaftskrisen steht die lokale Bevölkerung nun außen vor.

Speziell die Unsicherheit auf den Handelsmärkten sei dafür verantwortlich, dass eigene Ernährungsinteressen, die anderer Länder beschädigen.

Diese Entwicklung veranlasste die Vereinten Nationen zum Einsatz eines Sonderberichterstatters zur Ernährungssicherheit.

11. UN Sonderberichterstatter 2014: Globaler strategischer Rahmen für Ernährungssicherheit ist UN-Parlament

UN – Sonderberichterstatter für Ernährungssicherheit, Oliver De Schutter, sagte im März 2014: „Das größte Defizit in der Nahrungsmittelökonomie“ läge im Bereich der Demokratie.

Hinreichend konkrete und verbindliche Regelungen seien notwendig.

Seine Nachfolgerin Hilal Elver möchte eine „gewählte UN-Parlamentarierversammlung“ als Mittel, um den hungernden Menschen der Welt als verletzlichsten Mitglieder der globalen Gemeinschaft „eine stärkere Stimme zu geben, damit die systemischen internationalen Ursachen ihres Elends besser zur Sprache gebracht werden könnten.“

12. Globales Grundeinkommen und Versicherung für 5,2 Mrd Menschen

Armut als Schlüsselproblem klammern die Vereinten Nationen nicht aus:

Es ist bekannt, dass die Leistung der Weltwirtschaft nicht ausreicht, um 5,2 Mrd. Menschen eine soziale Grundsicherung zu gewährleisten.

David Woodward rechnete vor, dass die extreme Armut, bei einem Tageseinkommen von 1,25\$, und bei anhaltendem Wirtschaftswachstum, erst in 100 Jahren verschwunden wäre.

Der ehemalige Leiter der Forschungsabteilung der Weltbank Paul Collier geht in dem Buch „Die unterste Milliarde“ davon aus, dass dieses Geld des Wirtschaftswachstums aber nie bei dem Armen ankäme.

Die ILO fordert ein globales Mindesteinkommen von 1\$/h. In einem Bericht 2014 wird aber hervorgehoben, dass 73 % der Weltbevölkerung, 5,2 Mrd Menschen, keine Gesundheitsversicherung oder irgendeine soziale Absicherung hätten, welche ihnen eine freie Wahl des Arbeitsplatzes erlaubt. Politikwissenschaftler Christoph Blattmann und der Ökonom Paul Niehaus kommen in der Zeitschrift „Foreign Affairs“ zu dem Schluß, das bedingungslose Grundeinkommen sei der einfachste Weg um Menschen aus ihren Zwangslagen zu befreien.

Bereits 1962 hatte der Ökonom Milton Friedman in dem Buch „Capitalism and Freedom“ ein internationales Grundeinkommen vorgeschlagen, welches auch von Martin Luther King unterstützt wurde. Dieses war kein bedingungsloses Grundeinkommen, sondern eine Art Arbeits- und Sozialversicherung.

Der DM Gründer Götz Werner regte die Diskussion in Deutschland zum Jahrhundertbeginn wieder an. Für den internationalen Rahmen befürwortet er ein kleines Grundeinkommen, bezahlt aus internationalen Steuern, welches in den Schwellenländern wichtiger wäre als hier, aber sowohl hier, als auch dort ausgezahlt würde.

Sein Vorschlag: Eine internationale CO2 Steuer bringt 400 Mrd. Diese werden zu zwischen 13 und 14 \$ Grundeinkommen.

13. Ungleichheit ist politische und wirtschaftliche Instabilität

Bereits seit 1912 ist in der politischen Ökonomie der Gini-Koeffizient bekannt.

In seiner Arbeit „Varibilita e mutabilita“ stellte ein System vor, welches heute als im Sozialwesen als Maßstab für Vermögens- und Einkommenverteilung von Ländern dient und ihren Entwicklungsstand abbilden kann.

Eine Unzahl von Studien legt nahe, dass Ungleichheit und politische Unruhen wesentlich miteinander verknüpft sind.

Eine IWF Studie meinte klar zu sehen: Die Finanzkrise 2008 wurde durch Ungleichheit ausgelöst. Das akkumulierte Kapital der Ober- und Mittelschicht sei an Niedrigverdiener und den sterbenden Teil des Mittelstandes geflossen. Man habe Kredite verschenkt, und dann doch gekündigt, das habe die Krise ausgelöst.

Die Ökonomen Mark Blyth und Hedgefond Manager Eric Lonergan machten in „Foreign Affairs“ Werbung dafür das Konzept des Grundeinkommens auch im Westen anzuwenden.

Geldtransfers im Rahmen eines bedingungslosen globalen Grundeinkommens sind für sie makroökonomische Werkzeuge einer Weltzentralbank.

Um einen Ausgleich zwischen den globalen Eliten und dem Rest der Weltbevölkerung zu organisieren brauche man eine institutionelle Plattform, nicht eine Welt ohne Eliten, so David Rothkopf. Er fordert einen globalen Klassenkompromiss als Voraussetzung für Umweltschutz und ein Wohlergehen der Menschheit. Ein gemeinsames Parlament der Menschheit sei der Weg zu einem solchen Kompromisses.

1. Handel und Weltgeschichte lassen sich schlecht trennen – Karl Polanyi „The Great Transformation“
2. 1995 WTO Gründung, 1999 Proteste „No Globalization without Representation“
3. 2009 Tragödie der Gemeingüter Nobelpreis – Atmosphärenschtz
4. „Globale öffentliche Güter“ im Gegensatz zu Gemeingütern = stabiles Finanzsystem
5. Steueroasen: 60 Schattenfinanzzentren im Dunstfeld von UK und USA (bis zu 32 Bio \$)
6. Gemeinsame Steuern für Souveränität im Steuersystem
7. Vorschläge der Nord-Südkommission von 1980 (Steuern auf Gemeingütererschließung etc.)
8. Finanzierungswünsche des UN-Sekretariats derzeit
9. Ernährungssicherheit und Spekulation – Der Vorschlag der World Food Boards 1946
10. Sicherheit und Ernährung neuste Studien zur Ursache von Landgrabbing
11. UN Sonderberichterstatter 2014: Globaler strategischer Rahmen für Ernährungssicherheit ist UN-Parlament
12. Globales Grundeinkommen und Versicherung für 5,2 Mrd Menschen
13. Ungleichheit ist politische und wirtschaftliche Instabilität